

FBP setzt sich für Wahlfreiheit zwischen Familienmodellen ein

Position Noch läuft die Vernehmlassungsfrist zur Vorlage über die Kita-Subventionierung - Viele Organisationen haben ihre Stellungnahmen schon eingereicht. Auch die FBP meldet sich nun zu Wort: Sie warnt davor, ein Familienmodell zu bevorzugen.

VON DANIELA FRITZ

Die Bürgerpartei befürwortet die Stossrichtung der Gesetzesvorlage zur Neuregelung der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung prinzipiell, eine Subventionierung von Kita-Plätzen sei sinnvoll und nötig - zumal der Bedarf in Zukunft noch steigen werde. Positiv ist gemäss der gestern veröffentlichten Stellungnahme dabei vor allem, dass der Staatsbeitrag nicht erhöht werde. Denn dies käme für die FBP angesichts der Finanzsituation des Staates ohne Not nicht infrage.

Auch dass der Gesetzesentwurf einen Wettbewerb unter den Anbietern bedeutet, begrüsst die FBP. «Wir sind überzeugt, dass dadurch die nötige Flexibilität im Angebot geschaffen wird, welche für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf nötig ist», schreibt Parteipräsident Thomas Banzer in der Stellungnahme.

Kein Familienmodell bevorzugen

Gleichzeitig bringt die FBP aber auch Kritik an. So befasse sich die Vorlage nur mit der ausserhäuslichen Kinderbetreuung und es werde der Eindruck erweckt, dass das moderne Familienbild, in dem beide Elternteile erwerbstätig sind, bevorzugt wird. «Die FBP setzt sich seit Jahren für die Wahlfreiheit zwischen den beiden Modellen «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf» ein», betont Banzer. Deshalb fordert er, dass im Bericht und Antrag ausgeführt wird, ob mit der Wahlfreiheit eine entsprechende Lenkungswirkung erzielt und ein bestimmtes Familienmodell zulasten eines anderen ge-

«Die FBP setzt sich seit Jahren für die Wahlfreiheit zwischen den Familienmodellen ein.»

THOMAS BANZER
FBP-PRÄSIDENT

Durch die Kita-Subventionierung soll nach Ansicht der FBP kein Familienmodell bevorzugt werden - Jeder solle selbst entscheiden können, ob er sich lieber selbst um die Kinder kümmert oder ausserhäuslich betreuen lässt. (Symbolfoto: Shutterstock)

fördert werden soll. «Zudem erachten wir es als notwendig, dass parallel zur Anpassung der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung Massnahmen eruiert werden, welche die von unserer Partei stets in den Vordergrund gestellte Wahlfreiheit zwischen den beiden Modellen ermöglicht», verlangt Banzer.

Einkommensabhängige Beiträge

Da sich eine Kinderbetreuung aus Kostengründen gerade für untere und

mittlere Einkommenssegmente nicht lohnen würde, wenn der zweite Elternteil arbeiten geht, befürwortet die FBP im Namen der Wahlfreiheit die Subventionierung von Kita-Plätzen. Die oberen Einkommensklassen sollten davon jedoch ausgenommen werden. «Konkret vertreten wir daher die Ansicht, dass Kitas, welche staatliche Subventionen erhalten, einkommensabhängige Elternbeiträge festzulegen haben», meint Banzer. Ab einem bestimmten Haushaltseinkommen sollten die Eltern zudem die gesamten Gestehungskosten der Betreuung zu tragen haben. Gleichzeitig sollten die Kitas die Freiheit haben, die Höhe ihrer Tarife innerhalb eines lan-

desweit vorgegebenen Rahmens selbst bestimmen zu können - so sei trotzdem ein Wettbewerb möglich.

Betriebs-Kitas für alle zugänglich

Zwar spricht sich die FBP dafür aus, auch Betreuungseinrichtungen von Unternehmen zu subventionieren. Dies allerdings nur, wenn die Kitas allen in Liechtenstein wohnhaften Kindern zugänglich sind - zumindest sofern Platz ist. Dass die Kinder eigener Mitarbeiter vorrangig aufgenommen und eventuell zu einem günstigeren Tarif aufgenommen werden, stellt die FBP nicht infrage. Allerdings dürfe dabei keine Über-subventionierung entstehen.

